

An die Vertreter von Funk und Presse

Fluglärm: EuGH-Urteil als Rückenwind für Nachverhandlungen nutzen

Die CDU Südbaden begrüßt das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Fluglärm-Frage und fordert Verkehrsminister Peter Ramsauer auf, die Nachverhandlungen mit der Schweiz jetzt zeitnah und mit Nachdruck anzugehen. „Der Rückenwind des EuGH-Urteils muss jetzt für die Durchsetzung der südbadischen Positionen genutzt werden“, erklärte CDU-Bezirksvorsitzender Andreas Jung.

In einem gemeinsamen Schreiben mit dem Waldshuter Bundestagsabgeordneten Thomas Dörflinger bittet Andreas Jung Verkehrsminister Peter Ramsauer um Unterstützung dieser südbadischen Positionen. Der Minister hatte in einem Gespräch mit Vertretern Südbadens im vergangenen November zugesagt, die Forderungen der Region in Nachverhandlungen mit der Schweiz einzubringen.

Die Kritik am mit der Schweiz ausgehandelten Staatsvertrag betrifft die mögliche Anzahl der Flugbewegungen, die Flugrouten und die Absenkung der Flughöhen. Neben Konkretisierungen sei dabei auch eine Änderung des Vertragstextes selbst notwendig. „Die im Vertrag vorgesehene Absenkung der Flughöhe ist nicht akzeptabel“, so Andreas Jung und Thomas Dörflinger. „Ohne völkerrechtlich verbindliche Veränderungen können wir dem Staatsvertrag nicht zustimmen.“

Der EuGH hat in seinem heutigen Urteil entschieden, dass die von Deutschland verhängten Nachtflugverbote rechtmäßig sind.